

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 34

Charlottenburg, Freitag, den 21. August 1914

Jahrg. 41

## Kriegs=Notstand.

Die vom Vorstand angestellte Umfrage an die Zahlstellenverwaltungen ergab folgende Feststellungen:

Ueber 2600 Verbandsmitglieder sind bereits zur Fahne einberufen, weitere werden folgen. Ueber 8000 Mitglieder sind völlig beschäftigungslos, über 4000 arbeiten beschränkt auf 4 bis herab zu 2 Tagen die Woche oder auf 7 bis herab zu 2 Stunden täglich. Unter solchen Umständen ist es natürlich undenkbar, die statutarischen Unterstützungen voll oder auch nur annähernd aufrecht zu erhalten, und der Vorstand sah sich in seiner Sitzung vom 16. August auf Grund des vorliegenden Materials gezwungen zu dem Beschluß:

**Alle statutarischen Unterstützungen sind aufgehoben.**

Der Beschluß gilt rückwirkend bis zum 3. August.

Es ist daher zwecklos, Anträge auf Arbeitslosenunterstützung, Krankengeldzuschuß, Sterbegeld, Wöchnerinnenunterstützung, Fahr- und Umzugsgelder zu stellen. Sie können nicht berücksichtigt werden, wie auch die Begründung sei und müssen, so weit sie bereits vorliegen, als erledigt gelten. Es ist auch sinnlos, etwa Vorwürfe zu erheben über Nichterfüllung der statutarischen Unterstützungspflicht durch den Vorstand. Nicht der Vorstand, sondern der Krieg ist der Unerbittliche.

Es kann sich jetzt nur darum handeln, die hereinbrechende allgemeine Not der Mitglieder nach Möglichkeit zu mildern, und es sollen alle Mittel des Verbandes in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden. Es kann aber nicht angehen, diese Mittel durch die jetzt Beschäftigungslosen in kurzer Zeit aufbrauchen zu lassen, sondern es müssen auch den später erwerbslos werdenden Mitgliedern die allgemeinen Notstands-Unterstützungen gesichert werden. Daher können die Unterstützungen leider nur sehr minimale sein. Wir haben folgende Sätze und Bedingungen festgesetzt:

Es erhalten:

### Verheiratete Mitglieder

in der 15 Bfg.=Beitragsklasse pro Woche	1,50 Mt.
" " 30 " " " "	3,— "
" " 45 " " " "	4,50 "
" " 60 " " " "	6,— "

### Unverheiratete Mitglieder

in der 15 Bfg.=Beitragsklasse pro Woche	1,— Mt.
" " 30 " " " "	2,— "
" " 45 " " " "	3,— "
" " 60 " " " "	4,— "

Diese Unterstützung erhalten alle Mitglieder, welche mindestens 52 Wochen Mitglied sind, mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet haben und nicht mehr als 6 Wochenbeiträge restieren, wenn sie mehr als 6 aufeinanderfolgende Tage völlig erwerbslos waren, vom siebenten Werttage an.

Es ist kein Unterschied zu machen zwischen solchen, welche gekündigt und entlassen sind und solchen, welche ohne entlassen zu sein feiern müssen.

Auch diejenigen Mitglieder, welche infolge Krankheit erwerbslos sind, aber von keiner Kasse Krankengeld beziehen, erhalten die Unterstützung. (Wer Krankengeld bezieht, wenn auch in minimaler Höhe erhält sie also nicht.)

Auch die durch Arbeitslosen-, Streit- und Maßregelungsunterstützung oder Krankengeldzuschuß Ausgesteuerten erhalten die Unterstützung.

Eine unterschiedliche Dauer der Unterstützung nach Mitgliedsjahren besteht nicht.

Die Unterstützung gilt nicht als statutarische, sie wird also nicht auf bestehende statutarische Anrechte angerechnet, wenn die Anrechte wieder aufleben bezw. in Kraft gesetzt werden.

Mitglieder, welche diese Unterstützung beziehen, sind von Beiträgen befreit, auch Restbeiträge sind von der Unterstützung nicht abzuziehen.

Mitglieder, die während des Bezuges der Unterstützung vorübergehend irgend welchen Erwerb erlangen, erhalten keine Unterstützung; sie erhalten sie aber sofort wieder, wenn sie wieder völlig erwerbslos werden, also ohne nochmalige acht-tägige Wartezeit.

Den Zahlstellenassessoren ist Anweisung zugegangen zur wöchentlichen Auszahlung der Unterstützungen bis zum 28. August. Inzwischen werden vom Vorstand neue Erhebungen veranlaßt, auf Grund deren der Vorstand dann von neuem beschließen wird. Um eine Aufhebung der Unterstützung kann es sich dabei um keinen Fall handeln.

Unterstützungsformulare sind nicht einzufenden, auch nicht auszufertigen. Die Zahlstellenverwaltungen stellen die Anspruchsberechtigung nach vorstehenden Grundsätzen selbständig fest. Die Auszahlung darf nur gegen Quittung erfolgen, die ev. auch auf einem Verzeichnis der Unterstützten erfolgen kann.

Diejenigen Mitglieder, die am 1. August bereits im Bezug von Streit-, Maßregelungs-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung standen, erhalten diese statutarischen Unterstützungen noch bis zum 8. August nachgezahlt, jedoch sind anstelle der Streit- und Maßregelungsunterstützung für die Woche vom 1. bis 8. August nur die statutarischen Sätze für Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Für diese Mitglieder gelten dann dieselben Bestimmungen über Notstandsunterstützung, wie sie für alle anderen Mitglieder festgesetzt sind. Sie erhalten also infolge der achttägigen Wartezeit für die Woche vom 8. bis 15. August keinerlei Unterstützung, vom 17. August ab dann die Notstandsunterstützung. Bei Mitgliedschaft unter 52 Wochen fällt auch diese weg.

Die noch beschäftigten Mitglieder ersuchen wir dringend, die Beiträge regelmäßig weiter zu zahlen, trotz der herrschenden Teuerung, damit die Notstandsunterstützungen dauernd gezahlt werden können und auch für jene bereit liegen, die später erwerbslos werden.

Alle Angestellten verzichten zugunsten der Notstandsaktion des Verbandes auf ein Viertel ihres Gehaltes.

Der Vorstand.

## Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1913.

Das Jahr 1913 brachte den Gewerkschaften Deutschlands eine starke Belastungsprobe. Schon Ende des Jahres 1912 setzte bei verschiedenen wichtigen Industriezweigen eine bedeutliche Geschäftsflaute ein. Optimisten sahen in diesen bedrohlichen Zeichen jedoch nur eine vorübergehende Beunruhigung des gewerblichen Lebens, die durch den Ausbruch des Balkankrieges mit seiner kriegsdrohenden Spannung in den europäischen

Staaten als Folgeerscheinung hervorgerufen sei. Die nach der Entspannung der unheil kündenden, politischen Atmosphäre erwartete Neubelebung der industriellen Tätigkeit blieb jedoch aus. Es trat im Gegenteil eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage ein, die sich schließlich im Laufe des Jahres 1913 zu einer allgemeinen, latenten Wirtschaftskrise auswuchs.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Gewerkschaften im verflochtenen Jahre zu rechnen hatten, wurden noch verschärft durch die starke Arbeitslosigkeit, die noch aus den Krisenjahren 1908 und 1909 fortbestand und während der Dauer der jüngsten Prosperitätsperiode nur wenig gemildert wurde. Der Arbeitsmarkt litt deshalb selbst in den Jahren der günstigeren Konjunktur fortgesetzt unter einem starken Ueberangebot von Arbeitskräften. Angesichts dieser Tatsache konnte von einer genügenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft während der verflochtenen kurzen Dauer der Produktionssteigerung nicht die Rede sein. Um so fühlbarer mußten deshalb die Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen von dem abermaligen Niedergang der Konjunktur betroffen werden.

Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, wenn man selbst in Gewerkschaftskreisen von banger Besorgnis um die Fortentwicklung der Gewerkschaften erfüllt war und den Ergebnissen der Statistik für 1913 mit einer gewissen Spannung entgegen sah. Glücklicherweise haben sich die Befürchtungen auf einen stärkeren Rückgang der Mitgliederzahl nicht erfüllt.

Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands waren im Jahre 1913 47 Zentralverbände angeschlossen. Diese hatten 1913 im Jahresdurchschnitt zusammen 2 548 763 Mitglieder, darunter waren 223 676 weibliche. Im Jahre 1912 betrug die Mitgliederzahl 2 530 390, es ist demnach im Jahresdurchschnitt eine Vermehrung von 18 373 Mitgliedern eingetreten. Diese Erhöhung des Mitgliederbestandes ist nicht so erheblich, um sie als einen Fortschritt in der Mitgliederentwicklung bewerten zu können. Doch wurde ein solcher bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage auch nicht erwartet und bietet deshalb dieses Ergebnis keine Enttäuschung. Ganz merklich unterscheidet sich das Ergebnis der Mitgliederbewegung des verflochtenen Jahres von dem des Krisenjahres 1908, welches einen Verlust von 33 775 Mitgliedern aufweist, während 1913 noch ein kleiner Gewinn zu verzeichnen ist.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich im Jahresdurchschnitt beträchtlich höher gesteigert als die der männlichen. Es ist dies auf die schon erwähnte Tatsache zurückzuführen, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder am Jahreschluß 1913 gegenüber dem Jahre 1912 nur einen geringen Rückgang aufweist. Es hatten die Zentralverbände 1913 223 676 weibliche Mitglieder, 1912 betrug ihre Zahl 216 462; es ist demnach ein Zuwachs von 7214 weiblichen Mitgliedern erfolgt.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die ungünstige wirtschaftliche Lage des Jahres 1913 auch die Finanzen der Zentralverbände erheblich beeinflusst. Die Einnahmen blieben jedoch hiervon unberührt, wohl aber schnellten die Ausgaben der Verbände stark in die Höhe. Diese Steigerung ist zum erheblichsten Teile auf das Konto der vermehrten Ausgaben für Unterstützungen zu setzen.

Die Gesamteinnahme der Zentralverbände betrug im Jahre 1913 82 005 580 M. 1912 wurden dagegen insgesamt 80 233 575 M. vereinnahmt, so daß gegenüber dem Vorjahre die Einnahme sich um 1 772 005 M. erhöhte. Es wurden vereinnahmt an Eintrittsgeldern 351 251 M., Verbandsbeiträgen 66 267 542 M., örtlichen Beiträgen 9 772 868 M., Extrabeiträgen 43 025 M., Streikbeiträgen in Streitorten 162 047 M., Zinsen 2 437 929 M. Die sonstigen Einnahmen betrugen 2 970 918 M. Die Einnahme an Eintrittsgeldern ist um 118 806 M. geringer als 1912. Diese Mindereinnahme ist ein Zeichen dafür, daß durch die Wirtschaftskrise die Werbekraft der Gewerkschaften stark beeinträchtigt wurde. Die Einnahme an Verbandsbeiträgen ist dagegen um 1 735 491 M. gestiegen. Angesichts dieser erheblichen Vermehrung der Beitragseinnahme werden unsere verbissensten Gegner wohl beim besten Willen keinen Rückgang der Zentralverbände konstruieren können.

Die Gesamtausgaben der Zentralverbände sind, wie schon erwähnt wurde, gegenüber dem Vorjahre außerordentlich stark gestiegen. Es wurden im Jahre 1912 61 105 675 M.; 1913 dagegen 74 312 552 M. Es ist eine Steigerung der Ausgaben um 13 206 877 M. zu verzeichnen. In den früheren Berichtsjahren ist eine gleichartige Vermehrung der Ausgaben zu verzeichnen. Annähernd ähnliche Steigerungen erfolgten zwar auch in den Jahren 1906 und 1910 mit 11,9 und 11,6 Mill. M., doch kommt für beide Jahre auch eine gleichzeitige erhebliche Vermehrung der Mitglieder in Betracht. Und außerdem emfiel

im Jahre 1910 die Mehrausgabe ausschließlich auf die diesem Jahre stattgefundenen umfangreicheren wirtschaftlichen Kämpfe (Bauarbeiterkampf). Beide Momente fallen für 1913 fort.

Die stärkste Steigerung der Ausgaben trat bei der Arbeitslosenunterstützung mit 3 791 690 M. ein. Dazu kommt noch die um 327 145 M. erfolgte Vermehrung der Reiseunterstützung. Auch die Ausgaben für Kranken- und Notfallunterstützung sind außerordentlich gestiegen. Alle diese Mehrausgaben sind ein Zeichen für die durch die neuere Wirtschaftskrise hervorgerufene Bedrängnis der Arbeiterschaft. Die auf jedes Mitglied entfallenden Durchschnittssätze an Ausgaben für Unterstützungen überragen 1913 noch die des Krisenjahres 1908. Trotz der gewaltig gestiegenen Mehrausgaben, denen nur eine geringe Mehreinnahme gegenüberstand, war es noch möglich, den Vermögensbestand der gesamten Verbände von 80 797 786 M. auf 88 069 295 M. zu erhöhen.

Die gegnerischen gewerkschaftlichen Organisationen hatten unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse noch in höherem Maße zu leiden als die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Haben die letzteren im Jahresdurchschnitt noch einen wenn auch unerheblichen Mitgliedererfolg zu verzeichnen, so ist dagegen sowohl bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen wie auch den christlichen Gewerkschaften ein Rückgang an Mitgliedern eingetreten.

Es zählten die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine am Schluß des Jahres 1913 106 618 Mitglieder. Da sich der Mitgliederbestand 1912 auf 109 225 bezifferte, so ist demnach gegen das Vorjahr ein Verlust von 2607 Mitgliedern erfolgt.

Die Gewerkvereine verzeichnen für 1913 eine Gesamteinnahme von 2 866 891 M., welcher eine Ausgabe von 2 620 864 M. gegenübersteht. Das Gesamtvermögen betrug 1 728 528 M. Ein richtiges Bild von der Finanzgebarung der Gewerkvereine läßt sich aus dieser Zahlenaufmachung nicht gewinnen, da unter Einnahmen und Ausgaben auch die der selbständigen Kranken- und Begräbniskassen eingerechnet sind. Die Ausgabe für Kranken- und Sterbefälle beträgt zusammen 921 260 M., die von den übrigen Ausgaben abgesetzt werden müßten.

Die christlichen Gewerkschaften bilden die jüngste gewerkschaftliche Organisationsrichtung. Sie wurden eigens zu dem Zweck ins Leben gerufen, der Ausbreitung der Zentralverbände entgegenzuwirken. Diese edle Absicht haben die christlichen Gewerkschaften bisher nicht erreicht und werden sie auch nie verwirklichen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die im christlichen Herbanne befindlichen Arbeiter allmählich einsehen werden, daß eine wirksame Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nur in einem festen Zusammenwirken mit der gesamten Arbeiterschaft erfolgen kann. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften hat sich bisher in sehr bescheidenen Grenzen gehalten, trotz wohlwollender Berücksichtigung seitens der Behörden und der Unterstützung, die ihnen von Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche zuteil wurden.

Im Jahresdurchschnitt ging die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften von 344 687 im Jahre 1912 auf 342 785 im Jahre 1913, also um 1902 zurück.

Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betrugen 1913 7 177 764 M. gegen 6 608 350 M. im Vorjahre; die Mehreinnahme beträgt 569 414 M. Bedeutend höher sind dagegen die Ausgaben gestiegen, und zwar von 5 222 727 M. in 1912 auf 6 102 688 M. im Jahre 1913. Das ist eine Mehrausgabe von 879 961 M. Die Vermögensbestände wuchsen von 8 575 658 M. auf 9 682 796 M. im Berichtsjahre.

Faßt man die gesamten Ergebnisse der Gewerkschaftsstatistik zusammen, so ergibt sich, daß im Jahre 1913 3 308 363 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren, darunter 257 373 weibliche. Die Gesamteinnahmen der Organisationen betrugen 95 091 161 M., die Gesamtausgaben 86 148 726 M. und der gesamte Vermögensbestand beziffert sich auf 102 633 255 M.

Es sind gewaltige Summen, welche die Gewerkschaftsorganisationen in einem Jahr für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder und zur Unterstützung in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. aufwandten. Und von allen diesen Summen fällt der Löwenanteil auf die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Seit dem Jahre 1891, dem Beginn der Gewerkschaftsstatistik, also in einem Zeitraum von 23 Jahren, verausgabten die Zentralverbände für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe 138 Millionen Mark und für friedliche Unterstützungs-zwecke 197,7 Millionen Mark.

Durch die immense Tätigkeit der Gewerkschaften und die für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter verausgabten gewaltigen Summen ist eine weitgehende Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der deutschen Arbeiterschaft erfolgt, die in ihrem vollen Umfange zahlenmäßig nicht nachweisbar ist. Die regelmäßigen Statistiken über die Resultate der wirtschaftlichen Bewegungen und Kämpfe können darüber kein erschöpfendes Bild liefern. Und welch ein hohes Maß von Not und Elend durch die Millionen von Markt, welche die Gewerkschaften für friedliche Unterstüzungen verausgabten, beseitigt oder gemildert wurde, wird in seiner vollen Größe wohl kaum dargestellt werden können.

Es ist eins der traurigsten Kapitel der Kulturgeschichte, daß gerade die Organisationen, die dazu berufen sind, die Arbeiterschaft vor der Degeneration durch den die menschliche Arbeitskraft ausbeutenden Kapitalismus zu bewahren, von dem Staat nicht gestützt und gefördert, sondern im Gegenteil ihren Bestrebungen Schwierigkeiten bereitet werden. Spätere Generationen werden mit Erstaunen auf diesen Widerspruch in unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung zurückblicken. Wir aber wissen, daß bei der jetzt gegebenen gottgewollten Abhängigkeit der staatlichen Behörden von den Geboten der Vertreter des Kapitals eine objektive Würdigung und darum auch keine Förderung des Ringens der Arbeiterschaft nach den kulturellen Höhen des Daseins zu erwarten ist. Wir tun auch gut daran, uns nicht auf das Wohlwollen gutmeinender Kreise, sondern nur auf unsere eigene Kraft zu verlassen; gestützt auf diese wird allen Gewalten zum Trotz die Arbeiterschaft ihr Ziel erreichen.

## Die Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer.

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 4. August das Gesetz vom 28. Februar 1888 über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften in einigen Punkten abgeändert. Insbesondere sind die Unterstützungssätze etwas erhöht. Die im Falle der Bedürftigkeit zu zahlenden Unterstützungen der Familien Eingezogener betragen demnach mindestens:

a) für die Ehefrau im Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, monatlich neun Mark (früher 6 Mk.), in den übrigen Monaten zwölf Mark (früher 9 Mk.).

b) für jedes Kind unter 15 Jahren monatlich sechs Mark (früher 4 Mk.). Als unterstützungsberechtigt gilt auch ein uneheliches Kind, insofern die Verpflichtung des Vaters zur Gewährung des Unterhalts festgestellt ist;

c) für nicht entferntere Verwandte und Geschwister monatlich sechs Mark (früher 4 Mark), indem sie von dem in das Heer Eingetretenen unterhalten wurden.

Die genannten Sätze sind Mindestsätze. In einer Reihe von Gemeinden ist bereits beschlossen worden, zu diesen Sätzen Zuschüsse zu zahlen. Einige Großstädte, so die Gemeinden von Groß-Berlin, werden aus Gemeindemitteln Zuschüsse in voller Höhe des Betrages leisten, den das Reich gewährt.



**Konkurrentenstreit.** Der „Münchener Post“ wird von einem ihrer Mitarbeiter geschrieben:

„München, den 16. Juli 1914.

Sehr geehrte Redaktion!

In der Anlage erhalten Sie einen Schreibmaschinen-Schriftsatz der Ihrem Kunstreferenten als vermeintlichem Redaktionsmitglied der „Münchener Post“ ohne Unterschrift, wie aber das Kuvert ausweist, seitens der Geschäftsstelle der deutschen Werkbundausstellung Köln, Bischofsgartenstr. 16/1, zum Abdruck in Ihrer Zeitung zugegangen ist.

Ihrem Referenten ist, wie aus seinen Berichten über die Kölner Ausstellung hervorgeht, schon an Ort und Stelle die Tatsache einer ganz besonderen Bevorzugung der Firma Ph. Rosenthal & Co., Selbst in Bayern, aufgeföhren. Wie Sie feststellen werden, verwendet sich nun die Geschäftsstelle der Werkbundausstellung in beiliegendem Schriftstück, das sich dreifach, unter der Maske ästhetischer Kritik plumpe Reklamezwecke zu verfolgen, wiederum für diese Firma, der somit vor

anderen Ausstellern der Porzellanbranche, die künstlerisch und technisch mindestens ebenso viel leisten, eine sachlich durch nichts gerechtfertigte Vorzugstellung eingeräumt wird.

Der deutsche Werkbund, der schon an und für sich eine recht willkürliche Auslese aus der deutschen Produktion als die allein maßgebende, den Käufern zu empfehlende betont, scheut sich also nicht, noch eine engere Auslese unter seinen ausstellenden Mitgliedern vorzunehmen. Er bedient sich dazu keines irgend erkennbaren sachlichen Urteilsgrundes, keines irgend berufenen Urteilers, er läßt die willkürliche Hochwertung einzelner, die eine stillschweigende Herabsetzung der anderen umschließt, durch irgend einen anonymen Waschzettelschreiber vornehmen und lebt dann noch des naiven Glaubens, daß die anständige Presse sich unbefehens zum Mitschuldigen einer derart dreist irreführenden Gebärung machen werde, gegen die zunächst einmal alle ihre Berufsehre ernstnehmenden Kunst- und Kunstgewerbeberichterstatte Front machen sollten.

Ich frage hiermit die Geschäftsstelle der deutschen Werkbundausstellung öffentlich, wie ihr „Kritiker“, wie der Verfasser ihrer offiziellen Würdigung des Rosenthal-Porzellans mit Namen heißt.

Sollte mir bedeutet werden, daß es sich mit jenem anonymen Nachwert nicht um die Kritik eines Berufenen handelt, so gibt vielleicht die Firma Ph. Rosenthal & Co. Auskunft darüber, wie viel sie für ihren Waschzettel bezahlt hat.

Sie verbinden mich, sehr geehrte Redaktion, durch den Abdruck dieser Zeilen, denn es liegt ein öffentliches Interesse vor, das Ansehen der zu geschäftlichen Gefälligkeiten nicht bereiten Kritik, das Ansehen der deutschen Tagespresse und die Interessen einer überwiegenden Mehrzahl von Werkbundausstellern gegen augenfällige Unsauberkeiten zu wahren.“

**Mehr Licht bei der Arbeit.** Dem Lichte wird in den Betrieben im allgemeinen viel zu wenig Beachtung geschenkt. Da die besten Arbeitsmittel immer am rentabelsten sind, so sollte man allein aus ökonomischen Rücksichten für mehr Licht in den Arbeitsräumen sorgen. Interessante Angaben über die Folgen einer mangelhaften Beleuchtung bei der Arbeit macht uns ein Amerikaner, C. V. Eshleman, in einem Aufsatze, der im Württembergischen Gewerbeblatte wiedergegeben wird. Danach ist statistisch festgestellt, daß die Zahl der Todesfälle in den dunklen Monaten Dezember und Januar fast zweimal so hoch ist als in den hellen Monaten Juni und Juli. Die Manufacturers Association hat ferner festgestellt, daß sich allein in den Vereinigten Staaten in einem Jahre 500 000 Unfälle ereigneten, die hätten vermieden werden können, und daß ein Viertel dieser Unfälle durch schlechte Beleuchtung hervorgerufen worden sei. Darum ist die gute Beleuchtung eins der besten Schutzmittel gegen Unfälle, die wir deshalb überall in unseren Arbeitsräumen zu erlangen suchen müssen.

Das Vorstehende empfehlen wir besonders denjenigen Unternehmern in der Porzellanindustrie zur Beachtung, die sich noch immer nicht dazu verstehen können, allen in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern freies Licht zu liefern.

**Aus Thüringen.** Die überaus große Arbeitslosigkeit unter den gewerblichen Arbeitern und nicht zuletzt unter unseren Kollegen hat ein überaus großes Angebot von Erntearbeitern zur Folge. Viele der Landwirte nützen diese Konjunktur aus, um billige Arbeitskräfte zu erhalten. In manchen Orten werden solche Arbeitsuchende, die nicht mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut sind, mit Hohn und Spott abgewiesen, oder es werden ihnen ganz unannehmbare Lohnangebote gemacht. So in der Eisenberger und Triptiser Gegend. Von Neuhaus a. R. wird uns berichtet, daß acht Kollegen durch den Arbeitsnachweis in Sömmerda nach zwei Dörfern bei Leubingen als Erntearbeiter vermittelt wurden. Von diesen acht Kollegen hatte aber nur einer das Glück, angenommen zu werden, die übrigen mußten wieder in ihre Heimat zurückreisen, weil sie nicht ganz oder teilweise umsonst arbeiten wollten. Viele der Herren Agrarier sagen sich nach wie vor, daß der Patriotismus, der etwas einbringt, der beste ist.

**Der Krieg und die österreichische Porzellanindustrie.** Das „Prager Tagblatt“ meldet: „Am 3. d. M. hat eine Plenarversammlung des Verbandes der österreichischen Fabriken in Karlsbad stattgefunden. In dieser Versammlung, an welcher sich fast alle Verbandsfabriken beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, bis auf weiteres den Betrieb in den einzelnen Fabriken — wenn auch infolge der kriegerischen Ereignisse nur in eingeschränktem Maße — im Interesse der Arbeiterschaft und deren Familien soweit als möglich aufrecht zu erhalten. Wenn es die lokalen Verhältnisse, die Zufuhr an Kohle und sonstigen Rohmaterialien, sowie die seitens der Banken zur

Verfügung gestellten Bargelder gestatten, soll eine vollständige Sperrung der Betriebe so lange als möglich hinausgeschoben werden."

**Marktredwitz.** Wie die „Oberfränkische Volkszeitung“ berichtet, erhielten die in den beiden Porzellanfabriken beschäftigten Arbeiter, die zu den Fahnen einberufen wurden, je 10 Mark von der Firma. Außerdem hat sich diese bereit erklärt, im Notfalle für die Familien zu sorgen.

**Lirschenreuth.** Die Porzellanfabrik Lirschenreuth A.-G. zahlte an jeden zum Heere Eingezogenen, ob Deutscher oder Oesterreicher 10 Mk. Durch Anschlag wurde dann noch bekannt gemacht, daß die Familien der Einberufenen bis auf weiteres dieselbe Unterstützung erhalten, die der Staat zahlt. Der Betrieb wird solange aufrecht erhalten, als es die Möglichkeit erlaubt.

## Versammlungs-Berichte etc.

### Bericht von der Konferenz des Agitationsbezirkes Rheinland-Westfalen.

Abgehalten am 5. Juli 1914 in Köln. (Fortsetzung.) Den Bericht über die Berufsstatistik gibt Gen. Uebel: „Es hat sich hier wieder die Regel bestätigt, daß Statistiken äußerst schwierig durchzuführen sind. Eine gewisse Schulung scheint hier notwendig zu sein. An gutem Willen hat es ja, außer einigen Ausnahmen, wohl nicht gefehlt. Jedoch kann eine Statistik nur dann vollen Wert haben, wenn jeder gewissenhaft seinen Teil zu dem Bauwerk beiträgt.“

Läden sind nun in erster Linie dadurch entstanden, daß die Zahlstellen Emmerich, Frankfurt a. M. und Hamm i. W. keine, oder, wie Frankfurt a. M. keine näheren Angaben gemacht haben.

Dann wurde dem Wunsche, Angaben über Firmen zu machen, wo wir keine Mitglieder haben und zwar nicht nur für den Ort der Zahlstelle, sondern auch für die Umgegend, zu wenig Beachtung geschenkt. Dadurch fehlen in der Statistik eine Anzahl Betriebe. Einige Emaillierwerke hatten nur die Gesamtzahl der Beschäftigten angegeben, während für uns nur die in der Malerei Beschäftigten als Organisationsfähige in Frage kommen. Im Bonner Bezirk konnte leider über 11 Betriebe keine näheren Angaben gemacht werden.

Angaben wurden gemacht über:

Keramische Betriebe	46
Emaillierwerke	33
Gips und sonstige	—
Figürliche Branchen	17
Schilder- und Schriftmalereien	15
Sonstige Betriebe	2

Summa . . . 113

Der Redner gibt dann an der Hand statistischer Tabellen ausführliche Erläuterungen über unseren Agitationsbezirk, wobei er sein Bedauern ausdrückt, daß die Organisationsziffer im Bezirke noch unter der Gesamtziffer im Reiche steht. Ganz besonders schlecht steht es mit den weiblichen Beschäftigten. So ist z. B. im Saargemünder Bezirk von 500-600 Arbeiterinnen nicht eine Einzige organisiert.

Außer bei den bekannten Rhénania-Emaillierwerken und den Diamant-Steingutwerken haben wir mit gelben Organisationen erfreulicherweise nicht zu rechnen.

Welche Agitation am geeignetsten ist, haben beantwortet:

Öffentl. Versammlungen mit Referat	10
Hausagitation	15
Betriebsversammlungen	4
Flugblätter	6

Summa . . . 35

Nebenbei wurde das Verlangen nach einer unabhängigen Person, nach dem „Gauleiter“ ausgedrückt.

Angaben über Arbeitsverhältnisse, Löhne usw. haben nur einige Zahlstellen gemacht, geben also kein Gesamtbild.

Zum Schluß betont der Redner, daß in unserem Agitationsbezirk noch sehr viel Agitations- und Organisationsarbeit zu verrichten sei. Es sei endlich an der Zeit, daß der Vorstand sich auch einmal um den Besten kümmert. Unsere Kraft, die vom Unternehmer voll und ganz in Anspruch genommen wird, reicht nicht aus, diesen vernachlässigten Boden zu beackern. Und wenn in Saargemünd der Christl. Keramarbeiterverband es seit dem letzten Herbst auf 400 Mitglieder gebracht hat, so steht fest, daß bei sachgemäßer Agitation auch für uns etwas zu machen sei. Wenn uns der Vorstand nicht hilft, muß uns die kommende Generalversammlung helfen.

In der Diskussion wünscht Chemnitz-Gelsenkirchen, Verlesung des Protokolls der vorjährigen Konferenz, da die „Ameise“ daselbe nur stückweise brachte. Protokoll wird verlesen.

Roch-Ahlen begrüßte die Statistik. Leider seien durch die Verständnislosigkeit der Mitglieder viele Zahlstellen, die unbedingt ausgefüllt werden müssen, wenn die Statistik für uns maßgebend sein soll. Im gleichen Sinne sprachen Haas-Quisburg, Werg-Elberfeld, Chemnitz-Gelsenkirchen und Roch-Ahlen. Letzterer stellte den Antrag: Die Zahlstellen sollten im Laufe der kommenden Woche die Ergänzung zur Statistik der Agitations-Kommission einbringen. Löhner-Bonn bedauert, daß die öffentlichen Versammlungen niemals ein Vorstandsmittel zu sein. Auf dem Gewerkschaftskongreß scheine auch der Vorstand nicht vertreten zu sein, trotz des Streites mit dem Keramarbeiterverband. Die Treher sind zum Teil in dem Fabrikarbeiterverband, der von der Direktion als nicht sachmännlich erklärt wird. Treher-Hoyer erklärt, daß er sich zweimal an den Vorstand um einen Vertreter gewandt hätten, jedoch vergeblich. Auf Antrag Jantschke wird der Agitations-Kommission Entlastung erteilt.

(Schluß folgt.)

## Literarisches

**Werben und Werden.** Geschichte und System der gewerkschaftlichen Agitation von L. Nestriepke (Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt Nürnberg). In knappen, markanten Zügen wird hier der Werdegang der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands geschildert, trefflich ergänzt durch eine Anzahl Text-illustrationen. Preis geb. 3 Mk.

**Führer durch das Familienrecht** (Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68). 1. Heft: Die rechtliche Stellung der Kinder, Ehegatten und Verwandten. Weitere Hefchen folgen, Preis 30 Pfg.

In demselben Verlage erschienen:

**Der Gotteslästerer,** Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter von A. Ger, und

**Vom Wallenhaus zur Fabrik,** Geschichte einer Proletarierjugend von Heinrich Dikreiter. Preis eines jeden Bändchens dieser Vorwärts-Bibliothek geb. 1 Mk.

**Volkslieder für Heim und Wanderung,** im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben von Hermann Böse. Enthaltend 300 Lieder mit Noten, davon 100 mit Akkordbezeichnung versehen. In der Einleitung: Etwas über Lautenbegleitung. Preis im Buchhandel 1,50 Mk., für Jugendliche 1 Mk.

## Versammlungs-Anzeigen

**Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**

**Düsseldorf.** Sonnabend, 22. August, im Volkshaus, Zimmer 4.  
**Gräfenhal.** Sonntag, 23. August, 3 Uhr, im Fisch.

## Anzeigen

**Quittung.** Für 6216, Buße gingen ein: Zwickau 5,—. Kößlau 3,—. Berlin 10,—. Annaburg 5,—. Elberfeld 3,—. Kahla 5,—. Karlsruhe 3,—. Colditz 5,—. Passau 5,—. München 10,—. Rudolstadt 3,—. Markt-Leuthen 5,—. Hermsdorf 5,—. Köln 5,—. Arzberg 5,—. Neuhaus b. Sonnebg. 5,—. Suhl 5,—. Flörsheim 5,—. Nossen 5,—. Elmshorn 10,—. Bonn 5,—. Schmiedefeld 5,—. Stadtlengsfeld 5,—. Rheinsberg 5,—. Braunschweig 3,—. Sophienau 2,50. Bunzlau 3,—. Elsterwerda 2,—. Althaldensleben 5,—. Gera (Neuß) 3,60. Schönwald 5,—. Markt. Summa 149,10 Mark. Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.  
Zahlstelle Magdeburg.

**Quittung.** Für unsern Kollegen Rott gingen bis jetzt ein: Zwickau 5,—. Kahla 5,—. Elberfeld 3,—. Stadtlengsfeld 5,—. Markt. Summa 18,—. Mark. Den Spendern besten Dank. Weitere Gaben nimmt entgegen: W. Rixen, Düsseldorf, Thalstraße 122, 1 Tr.

**Zwickau.** Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß bis auf weiteres keine freiwillige Unterstützung mehr gezahlt werden kann.  
Der Kassierer.

Preis der Gespaltenen  
Reizzeile 30 Pfennig

## Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung  
ist Bedingung

**Goldabfälle** jeder Art, f Goldlappen, Goldwatten, Schmiere, Rehrgold schmilzt und kauft höchstzahlend  
**E. Hecht, Berlin N., Weinbergsweg 12, 1 Tr.**  
Telephon Amt-Norden 7487.

**Gold-, Silber- und Platinabfälle**  
als Schmiere, Wäse, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend  
**Max Haupt, Dresden-H., Bönißchplatz 17.**

**Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle**

Zahl  
voll  
grossen  
Umsatz  
höchste  
Preise



Gold schmilzt und kauft

Edel-  
Metall-  
Schmelze  
Gebrüder  
1896

Osterwelschstrasse 32 **Otto Seifert, Zwickau S.**

**Goldschmiere, Goldlappen, Goldalche,**  
und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

**Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 14**

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.  
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22